Vertrag
über die technische Beratung für die Eisen-
bahnfahrzeuge der ETCS-Ersatzflotte

(„Technisches Controlling“)

zwischen der

Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg

- nachfolgend: Auftraggeber -

und

.....

- nachfolgend: Auftragnehmer -

Präambel

Der Auftraggeber hat im Rahmen des wettbewerblichen Vergabeverfahrens den Fahrzeughersteller SIEMENS mit der Lieferung von 28 Fahrzeuge vom Typ Siemens Mireo beauftragt. Die Fahrzeuge werden zunächst den Eisenbahnverkehrsunternehmen, die in der Region Stuttgart Verkehrsdienstleistungen erbringen, beigestellt, da die Stammfahrzeuge (zur ETSC-Umrüstung abgegeben) oder neuausliefernde Fahrzeuge noch nicht zur Verfügung stehen. Ab dem voraussichtlich Fahrplanwechsel 2026/2027 sollen die Fahrzeuge Eisenbahnverkehrsunternehmen im Land beigestellt werden, da die Stammfahrzeuge zur ETCS-Umrüstung herausgenommen werden. Die Fahrzeuge werden nach der Übergabe an die Eisenbahnverkehrsunternehmen verpachtet.

Ziel des Auftraggebers ist es, sein Risiko als Eigentümer der Fahrzeuge möglichst gering zu halten. Der Auftragnehmer berät den Auftraggeber bei der Verfolgung dieses Zieles und führt die dafür notwendigen Kontroll- und Überwachungsleistungen durch. Dabei trägt er dem Umstand Rechnung, dass das Fahrzeughersteller in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Eisenbahnverkehrsunternehmen für die gute Qualität der Fahrzeuge einsteht.

Über die Vertragslaufzeit gehört es zu den Leistungspflichten des Auftragnehmers, dem Auftraggeber rechtzeitig im Rahmen eines Maßnahmenplanes vorzuschlagen, wann welche Kontrollen bzw. sonstigen erforderlichen Maßnahmen angezeigt sind. Den Auftragnehmer treffen diesbezüglich Vorschlags- und Beratungspflichten, um das Ziel einer dauerhaften und gleichmäßig hohen Qualität der Fahrzeuge über die Vertragslaufzeit zu gewährleisten. Der Auftragnehmer muss dabei das durch die Verträge der Fahrzeugfinanzierung eröffnete Maßnahmenbündel voll ausschöpfen und auf eine pflichtgemäße Leistungserbringung des Fahrzeugherstellers und des Eisenbahnverkehrsunternehmens hinwirken.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien Folgendes:

§ 1 Gegenstand des Vertrages

Gegenstand dieses Vertrages ist die laufende technische Beratung und Begleitung insbesondere bei Konstruktion, Bau, Lieferung und Abnahme sowie bei Inbetriebnahme, während der Betriebsphase mit Wartung und Instandhaltung sowie der ersten Hauptuntersuchung der aufgeführten Fahrzeuge. Weitere Einzelheiten sind der beigefügten Leistungsbeschreibung des Auftraggebers (Anlage 1) zu entnehmen.

§ 2 Grundlagen des Vertrages

(1) Maßgeblich für die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen im Rahmen dieses Vertrages sind die folgenden Anlagen und Grundlagen, und zwar in der beschriebenen Reihenfolge, welche im Falle von Widersprüchen und/oder Unklarheiten gleichzeitig ihre Rangfolge bildet:

1. die Bestimmungen dieses Vertrages,
2. die Leistungsbeschreibung des Auftraggebers (Anlage 1),
3. der Fahrzeuglieferungsvertrag (Anlage 2),
4. der Terminplan (Anlage 3)
5. das letztverbindliche Angebot vom xxx (Anlage 4),
6. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
7. die Bestimmungen über den Werkvertrag nach §§ 631 ff. BGB.

(2) Die Geltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers ist ausgeschlossen, auch wenn der Auftraggeber diesen nicht ausdrücklich widersprochen hat.

§ 3 Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für das Vorhaben sämtliche erforderlichen und zweckmäßigen Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen (übergeordnete Qualitätssicherung) auszuführen, die für die ordnungsgemäße Konstruktion, Bau, Lieferung und Abnahme der Fahrzeuge (Phase 1) und den laufenden Betrieb, die Wartung, Instandhaltung sowie die erste Hauptuntersuchung der Fahrzeuge (Phase 2) nötig sind. Das umfasst insbesondere die in Anlage 1 (Leistungsbeschreibung) sowie die aus den zwischen dem Verkehrsunternehmen

und dem Auftraggeber geltenden Verträgen (Anlage 2) ersichtlichen Kontroll- und Überwachungsleistungen, ohne dass damit die Leistungspflichten des Auftragnehmers abschließend bestimmt wären.

(2) Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Aufgaben grundsätzlich selbst, also mit eigenen Mitarbeitern zu erbringen.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Leistungen dieses Vertrages zeitgerecht und ordnungsgemäß erfüllt werden können und das für die Erfüllung dieses Vertrages erforderliche Personal zur Verfügung steht.

Die Parteien benennen folgende Projektleiter:

Projektleiter des Auftraggebers: ...
Stellvertreter: ...
Projektleiter des Auftragnehmers: ...
Stellvertreter: ...

Weitere Projektmitarbeiter werden im Rahmen der Baubegleitung rechtzeitig durch den Auftragnehmer benannt.

Diese Projektmitarbeiter bleiben für den gesamten Projektlauf zuständig. Ein Wechsel ist nur für den Fall zulässig, dass der Auftraggeber dies ausdrücklich wünscht oder einem Vordringen des Auftragnehmers entsprechend vorherig zustimmt. Der Auftraggeber wird seine Zustimmung nicht unbillig verweigern.

(3) Der Auftragnehmer hat die geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu beachten. Er hat seine Leistungen unter Beachtung der anerkannten Regeln der Technik, des bestehenden technischen Erkenntnisstandes sowie nach dem Grundsatz größtmöglicher Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu erbringen.

(4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Leistungspflichten aus diesem Vertrag ohne Zustimmung des Auftraggebers auf Dritte zu übertragen. Eine Aufgabenübertragung an qualifizierte Dritte bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers. In diesem Fall verbleibt die Gesamtverantwortung beim Auftragnehmer.

(5) Der Auftragnehmer übernimmt die volle Verantwortung für die Ausführung der Leistungen sowie für die Leistung von ihm beauftragter Dritter.

(6) Erfüllungsort ist Stuttgart.

§ 4 Vorschlags- und Beratungspflicht des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber hinsichtlich der Wahrnehmung seiner Kontroll- und Überwachungspflichten gegenüber dem Eisenbahnverkehrsunternehmen zu beraten und hierzu Vorschläge für Maßnahmen zu unterbreiten.
- (2) Die durchzuführenden Maßnahmen müssen unter Zugrundelegung der Leistungsbeschreibung (Anlage 1), des Fahrzeuglieferungsvertrags (Anlage 2) und des Terminplanes mit einem Maßnahmenplan binnen zwei Wochen nach Auftragserteilung für Leistungen der Phase 1 konkretisiert, vorgelegt und vom Auftraggeber freigegeben werden. Der Maßnahmenplan für Phase 2 ist spätestens vier Wochen vor Betriebsaufnahme vorzulegen.
- (3) Soweit im Rahmen dieser Pflichten Entscheidungen oder sonstige Mitwirkungshandlungen des Auftraggebers erforderlich sind, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber rechtzeitig auf die Notwendigkeit solcher Entscheidungen oder Mitwirkungshandlungen hinzuweisen und dem Auftraggeber rechtzeitig Entscheidungsvorlagen zur Verfügung zu stellen.
- (4) Ziel der Maßnahmen ist die Sicherstellung einer dauerhaften und gleichmäßig hohen Qualität der Fahrzeuge und die bestmögliche Eindämmung der Eigentümersrisiken des Auftraggebers.

§ 5 Laufzeit/ Terminplan

- (1) Der Vertrag tritt mit Unterzeichnung in Kraft. Mit der Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben ist entsprechend dem Terminplan unmittelbar nach Inkrafttreten zu beginnen. Die Anlage ist Bestandteil des Vertrages.
- (2) Der Auftragnehmer hat seine Leistungen entsprechend dem Terminplan so zu erbringen, dass eine reibungslose und effiziente Projektabwicklung gesichert wird. Das gilt insbesondere auch für die termingerechte Lieferung von Unterlagen für den Auftraggeber und die Einhaltung der vom Fahrzeughersteller bzw. vom Eisenbahnverkehrsunternehmen gesetzten Termine und Fristen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle zu erbringenden Leistungen so rechtzeitig zu erbringen, dass der zu vereinbarende Terminplan nicht aus Gründen gefährdet oder verzögert wird, die in der Sphäre des Auftragnehmers liegen.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber fortlaufend gemäß Anlage 1 über den Stand der Vertragserfüllung schriftlich zu informieren.

§ 6 Zusammenarbeit und Informationspflichten

(1) Die Parteien verpflichten sich zur gegenseitigen vertrauensvollen Zusammenarbeit. Sie informieren sich unverzüglich wechselseitig über alle Umstände, die für die Durchführung des Projektes von Bedeutung sind.

(2) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber insbesondere über solche Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen den Fahrzeughersteller oder das Eisenbahnverkehrsunternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem Auftraggeber. Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet, dem Auftraggeber voraussichtliche Engpässe und Probleme im Projektablauf (insbesondere im Hinblick auf Termine und Preise) unverzüglich mitzuteilen.

(3) Die übertragenen Aufgaben sind in enger Abstimmung mit den für diesen Themenbereich vom Auftraggeber benannten Personen wahrzunehmen. Sofern einvernehmliche Festlegungen und Regelungen nicht zustande kommen, obliegt im Streitfall in allen Angelegenheiten dem Auftraggeber die letzte Entscheidungsbefugnis.

(4) Der Auftragnehmer führt alle Arbeiten mit größter Sorgfalt durch. Der Auftragnehmer wird im Zusammenhang mit dem ihm erteilten Auftrag ohne Zustimmung des Auftraggebers keine Handlungen vornehmen, die eine Verpflichtung für den Auftraggeber zur Folge haben. Insbesondere erteilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer keine Vollmacht.

(5) Soweit es sein Auftrag erfordert, ist der Auftragnehmer berechtigt und verpflichtet, die Rechte des Auftraggebers zu wahren. Insbesondere hat er den Projektbeteiligten die notwendigen Weisungen zu erteilen. Der Auftraggeber ermächtigt den Auftragnehmer, den Projektbeteiligten, insbesondere dem Eisenbahnverkehrsunternehmen, nach Absprache mit dem Auftraggeber entsprechende Weisungen zu erteilen.

(6) Im Rahmen seiner Möglichkeiten ist der Auftraggeber bei der Auftrags erledigung sowie bei der Vermittlung notwendiger Kontakte behilflich.

§ 7 Vergütung und Zahlungsmodalitäten

(1) Der Auftraggeber vergütet die zu leistenden Arbeiten der Phase 1 pauschal. Die Nebenkosten (z.B. Projektnebenkosten, Reisekosten etc.) sind Bestandteil des Angebotspreises. Abschlagszahlungen erfolgen vierteljährlich.

- Laufzeit Phase 1 bis vsl. Januar 2026, Abschlagszahlungen vierteljährlich nachlaufend ab
 - 06/2024 bis 09/2025: jeweils 12% der Auftragssumme
 - Schlussrechnung: vier Wochen nach Abnahme der Leistung

- (2) Der Auftraggeber vergütet die zu leistenden Arbeiten der Phase 2 nach Aufwand auf Nachweis.
- (3) Die Abschlagszahlungen werden nach detailliertem Nachweis der im zurückliegenden Leistungszeitraum erbrachten Leistungen durch Stellung einer ordnungsgemäßen, an den Auftraggeber gerichteten Rechnung innerhalb von 14 Kalendertagen nach Rechnungsstellung fällig.
- (4) Die Schlusszahlung wird innerhalb von 14 Kalendertagen nach Erhalt einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Schlussrechnung fällig.

§ 8 Abnahme

- (1) Der Auftraggeber nimmt die Leistungen des Auftragnehmers förmlich ab. Hierzu erstellen der Auftragnehmer und der Auftraggeber nach Abschluss der Phase 1 und während Phase 2 jeweils jährlich zum Ende des Jahres nach ordnungs- und vertragsgemäßer Erbringung sämtlicher geschuldeter Leistungen des Auftragnehmers ein von beiden Seiten zu unterzeichnendes Abnahmeprotokoll.
- (2) Die Leistungen des Auftragnehmers gelten auch dann als abgenommen, wenn sie abnahmereif sind und der Auftraggeber trotz schriftlicher Aufforderung durch den Auftragnehmer unter Fristsetzung von wenigstens 14 Kalendertagen keine Abnahme erklärt.

§ 9 Mängelansprüche/ Verjährung

- (1) Die Mängelansprüche des Auftraggebers richten sich nach den werkvertraglichen Vorschriften der §§ 633 ff. BGB, soweit nachfolgend nichts Abweichendes vereinbart ist. Der Rücktritt vom Vertrag ist ausgeschlossen. Stattdessen gelten die in § 14 festgehaltenen Kündigungsregelungen.
- (2) Die Mängelansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer verjähren nach drei Jahren. Die Verjährung beginnt zum Zeitpunkt der Abnahme gemäß § 8 bzw. für nach der Abnahme noch erbrachte Leistungen mit dem Zeitpunkt der Leistungserbringung.

§ 10 Urheberrecht/ Vertraulichkeit

(1) Alle vom Auftragnehmer im Rahmen seiner vertraglichen Leistungen erstellten Unterlagen werden exklusives Eigentum des Auftraggebers. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an allen im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit möglicherweise entstehenden Urheberrechten und Miturheberrechten ohne zusätzliche Vergütung ein ausschließliches, unentgeltliches und unwiderrufliches sowie räumlich und zeitlich unbeschränktes Nutzungsrecht ein. Die dem Auftraggeber eingeräumten Rechte beinhalten insbesondere das Recht, die Unterlagen auch ohne Mitwirkung des Auftragnehmers ganz oder in Teilen zu vervielfältigen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen und in jeder Form zu bearbeiten, insbesondere zu ändern, in andere Werke einfließen zu lassen und Bearbeitungen wie die ursprünglichen Werke auszuwerten sowie das Recht zur Weiterübertragung der vorgenannten Rechte an Dritte. Auch für den Fall einer vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages bestehen diese Rechte unbefristet fort. Das Copyright sowie alle Urheberrechte auf Leistungen und sonstige Arbeiten bei der Durchführung des Projektes verbleiben beim Auftragnehmer.

(2) Der Auftraggeber behält sich Exklusivrechte für jegliche Veröffentlichung zum Vorhaben vor. So unterliegen sämtliche Publikationen durch den Auftragnehmer der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftragnehmer bedarf zur Veröffentlichung projektbezogener Arbeitsergebnisse der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer steht an den für den Auftraggeber gefertigten Arbeitsergebnissen kein Zurückbehaltungsrecht zu.

(4) Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, Informationen, von denen er im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit über das Projekt, dem Auftraggeber oder einer mit dem Auftraggeber verbundenen Gesellschaft Kenntnis erlangt, streng vertraulich zu behandeln. Dies gilt insbesondere gegenüber anderen SPNV-Aufgabenträgern, Eisenbahnverkehrsunternehmen und Leasinggesellschaften bzw. Unternehmen, welche sich mit der Finanzierung von Fahrzeugen beschäftigen. Der Auftragnehmer hat insbesondere zu unterlassen, Informationen im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit nach diesem Vertrag an die Öffentlichkeit, namentlich an Medien, weiterzugeben, es sei denn, es liegt für jeden betreffenden Einzelfall eine vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers vor. Auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses ist dem Auftragnehmer die Weitergabe von Informationen im vorbezeichneten Sinne an die Öffentlichkeit vollständig untersagt.

(5) Sämtliche im Rahmen dieses Vertrages und seiner Bestandteile zugänglich gemachten Informationen und Dokumentationen sind vertraulich zu behandeln und durch den Auftragnehmer Dritten nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers weiterzuleiten.

Die Weitergabe von Unterlagen und Informationen an die Nachunternehmer unterliegt denselben Beschränkungen. Grundsätzlich muss der Auftragnehmer sämtliche seiner Nachunternehmer oder sonstige von ihm beauftragte Dritte ebenfalls zur Vertraulichkeit verpflichten. Der Auftragnehmer wird auch die Mitarbeiter/innen zur unbedingten Verschwiegenheit und Geheimhaltung aller Vorgänge, welche im Zusammenhang mit dieser Auftragserledigung unmittelbar oder mittelbar entstehen, verpflichten. Das gilt auch nach Beendigung des Vertrages.

§ 11 Haftung/ Haftpflichtversicherung

(1) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Vorschriften. Für leichte Fahrlässigkeit ist die Haftung auf die nachfolgenden Versicherungsdeckungssummen beschränkt.

(2) Der Auftragnehmer hat eine Haftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen für Einzelschadensfälle abzuschließen:

a) für Personenschäden 3.000.000 EUR

b) für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) 3.000.000 EUR

(3) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber das Bestehen der vertragsgemäßen Haftpflichtversicherung nachzuweisen. Dies erfolgt durch die Vorlage einer Bestätigung des Versicherungsunternehmens, aus der sich Art der Versicherung und Höhe der Versicherungssumme ergeben, bis maximal 30 Tage nach Abschluss dieses Vertrages.

(4) Der Auftragnehmer hat die von ihm beigebrachte Haftpflichtversicherung nach Maßgabe des Absatzes 3 während der gesamten Tätigkeit für den Auftraggeber und bis zur Beendigung seiner Leistungen aufrecht zu erhalten. Die Deckungssummen müssen jährlich mindestens zweimal in Anspruch genommen werden können. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer diesem in angemessenen Zeitabständen die Aufrechterhaltung des vorgenannten Versicherungsschutzes nachzuweisen.

§ 12 Höhere Gewalt

(1) Ungeachtet aller Bestimmungen in diesem Vertrag ist keine der Vertragsparteien der jeweils anderen entschädigungspflichtig für jeglichen Verlust, Zerstörungen, Kosten oder sonstige Ansprüche, die aus direkter oder indirekter Folge von Vertragsverletzungen oder Nichterfüllung von Vertragsbestandteilen auf Grund von höherer Gewalt herrühren.

(2) Als höhere Gewalt im Sinne dieses Vertrages gelten alle, von beiden Parteien unabwendbaren Umstände wie Streik oder Aussperrungen, Naturkatastrophen sowie nicht vorhersehbare Eingriffe Dritter von außen, d.h. Krieg, gewalttätige Demonstrationen, etc.

§ 13 Kündigung

(1) Der Auftraggeber kann den Vertrag jederzeit ordentlich unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Monatsende kündigen.

(2) Die Regelungen des § 649 S. 2 und S. 3 BGB finden nach dem Willen der Parteien keine Anwendung.

(3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist bleibt für beide Parteien unberührt. Der Auftraggeber hat insbesondere dann ein Recht zur außerordentlichen Kündigung, wenn

- a) der Auftragnehmer in schwerwiegender Weise gegen Bestimmungen dieses Vertrages verstößt, den Verstoß trotz schriftlicher Abmahnung mit angemessener Fristsetzung nicht behebt und der Auftraggeber in dem Abmahnschreiben für den Fall für dessen Nichtbeachtung eine fristlose Kündigung dieses Vertrages angekündigt hat, oder
- b) ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers gestellt, dieser nicht innerhalb eines Monats zurückgenommen wird und ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Auftragnehmers eröffnet wird oder eine Verfahrensabweisung mangels Masse erfolgt,

(4) Jede Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 14 Loyalitätsklausel/ Wettbewerbsverbot

(1) Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass beim Abschluss dieses Vertrages nicht alle Möglichkeiten, die sich aus der künftigen planerischen, technischen oder wirtschaftlichen Entwicklung oder aus Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen oder sonstigen für das Vertragsverhältnis wesentlichen Umständen ergeben können, vorausgesehen und erschöpfend geregelt werden können. Sie sichern sich gegenseitig zu, die in diesem Vertrag getroffenen Vereinbarungen in diesem Sinne zu erfüllen und etwa in Zukunft eintretende Veränderungen der Verhältnisse oder völlig neu eintretende Umstände nach den allgemeinen Grundsätzen von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, während der Dauer dieses Vertrages organisatorisch dafür Sorge zu tragen, dass die mit diesem Projekt betrauten Mitarbeiter, die in § 3 Absatz 2 dieses Vertrages genannt sind, für kein Unternehmen tätig werden, das an dem Herstellungsprozess der Fahrzeuge, namentlich insbesondere die Firma SIEMENS, und an dem Fahrzeuglieferungs- und Pachtvertrag, namentlich insbesondere das Eisenbahnverkehrsunternehmen DB Regio AG, beteiligt ist. Der Auftraggeber muss sicherstellen, dass Personen, die mit den vorgenannten Unternehmen zusammenarbeiten, keinen Zugang zu den auftragsrelevanten Unterlagen des Auftraggebers erhalten.

Die dazu durchgeführten Maßnahmen müssen vom Auftragnehmer dokumentiert und ggf. nachgewiesen werden können.

(3) Der Auftragnehmer wird die Aufnahme jeder Tätigkeit anzeigen, wenn Zweifel bestehen können, ob sie mit der Tätigkeit nach diesem Vertrag zu vereinbaren ist.

§ 15 Salvatorische Klausel

(1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder künftig unwirksam oder undurchführbar werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrages davon nicht berührt.

Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung verpflichten sich die Parteien schon jetzt, eine angemessene wirksame Regelung zu vereinbaren, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung rechtlich und wirtschaftlich möglichst nahekommt und üblicherweise vereinbart worden wäre, wenn die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit bekannt gewesen wäre. Entsprechendes gilt für Lücken dieses Vertrages.

(2) Beruht die Unwirksamkeit auf einer Leistungs- oder Zeitbestimmung, tritt an die Stelle der unwirksamen Bestimmung das gesetzlich bestimmte Maß.

§ 16 Schriftformerfordernis

- (1) Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag oder der ihm beigefügten Anlagen bedürfen der Schriftform in Form einer von den Vertragsparteien unterzeichneten privatschriftlichen Änderungsurkunde, soweit nicht Beurkundung erforderlich ist.
- (2) Mündliche Abreden haben keine Gültigkeit.
- (3) Auch der Verzicht auf die Schriftform bedarf der in Absatz 1 genannten Form.

§ 17 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle aus und oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag etwa in Zukunft zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer entstehenden Auseinandersetzungen jedweder Art ist, soweit sich nicht aus zwingenden gesetzlichen Bestimmungen etwas Abweichendes ergibt, Stuttgart.

- Anlage 1** Leistungsbeschreibung
- Anlage 2** Verträge des Fahrzeugfinanzierungsmodells
(werden nach Zuschlag überreicht)
- a) Grundlagenvertrag
 - b) Fahrzeuglieferungsvertrag
 - c) Pachtvertrag
- Anlage 3** Terminplan
- Anlage 4** Angebot vom xxx